



Niederschrift

-öffentlich-

über die

Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü.

Sitzungsdatum:	Montag, den 23.06.2025
Beginn:	09:30 Uhr
Ende	10:02 Uhr
Ort, Raum:	Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Eberth, Thomas

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Schuchardt, Christian

Mitglieder der CSU Fraktion

Krämer, Helmut

Lehrieder, Paul

Rothenbucher, Andrea

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Labeille, Aljoscha

Winzenhörlein, Sven

Vertretung für Herrn Sebastian Hansen

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Rützel, Thomas

Schömig, Klara

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine

anwesend ab 9:48 Uhr

Mitglieder der FDP/ödp-Fraktion

Kuhl, Florian

anwesend ab 9:46 Uhr

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Grötsch, Christa

anwesend ab 9:34 Uhr

Heilig, Martin

anwesend ab 9:43 Uhr

Pohl, Petra

anwesend ab 9:37 Uhr

Roth, Wolfgang

Protokollführerin

Scholl, Roswitha

Außerdem anwesend:

Vertreterin der Presse
eine Zuhörerin

vom Landratsamt Würzburg:

S - Herr Dröse

SFB 1 - Frau Hümmer

SFB 3 - Frau Hofmann

SFB 8 - Herr Neubert

SFB 8 - Frau Groeger

ZFB 3 - Frau Schumacher

von Stadt Würzburg:

Herr Stegmayer - Referent für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft
Herr Braminski - Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters

Abwesend/Entschuldigt:

Mitglieder der CSU Fraktion

Götz, Jürgen entschuldigt

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Hansen, Sebastian entschuldigt

Weitere Mitglieder IKA Stadt Wü

Binder, Raimund Vertretung für Frau Christiane Kerner
entschuldigt

Dehne, Niklas
Hofmann, Josef entschuldigt

Kerner, Christiane entschuldigt

Kolbow, Alexander

Omert, Volker

Vertretung für Herrn Josef Hofmann
entschuldigt

Schloßareck, Michael

Schubert, Kurt

Stellvertreter/in

Braunreuther, Sarah Vertretung für Herrn Jürgen Götz
entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|--|-----------------------|
| 1. | Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. | SFB8/020/2025 |
| 2. | Sachstandsbericht zu einem möglichen P+R-Parkplatz in Randersacker | StabL/057/2025 |

Landrat Thomas Eberth begrüßt alle anwesenden Mitglieder des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. und Herrn Oberbürgermeister Schuchardt, welcher im Anschluss an die Sitzung verabschiedet wird sowie die Damen und Herren der Stadtverwaltung und der Landkreisverwaltung.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist, mit der Tagesordnung Einverständnis besteht und zu Beginn der Sitzung keine Beschlussfähigkeit festgestellt werden kann.

Nachdem hinsichtlich der ausgelegten Niederschrift der Sitzung des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. vom 19.02.2025 keine Fragen oder Änderungswünsche vorliegen, gilt diese als genehmigt.

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 23.06.2025	Vorlage: SFB8/020/2025
		TOP 1
		öffentlich
Fachbereich: SFB8 - Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung		

Betreff:

Entwicklungsstrategie stadt.land.wü.

Anlage/n:

- Anlage 1 Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Strategiegesprächen
- Präsentation

Sachverhalt:

1. Rückblick

Herausforderungen wie Fachkräftemangel, steigende Aufgaben, Komplexität und Anforderungen der Bürgerschaft sowie die bereits intensiv bestehende Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Würzburg führten zu Überlegungen einer Verwaltungsreform im interkommunalen Kontext, um die Effizienz zu steigern und Synergieeffekte zu nutzen.

Mit Beschluss vom 19. Februar 2025 des Interkommunalen Ausschusses stadt.land.wü. wurden die Verwaltungsspitzen von Stadt und Landkreis Würzburg beauftragt, Vorschläge für eine zukünftige Verwaltungsstruktur unter enger Einbindung der 52 Landkreiskommunen weiter zu prüfen und dem Stadtrat und Kreistag im Frühsommer 2025 vorzulegen.

Um der Vision einer neuen öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft „Region Würzburg“ nachzugehen, war es notwendig, intensive Gespräche auf politischer und kommunaler Ebene zu führen, um die Notwendigkeit zu adressieren und um die Unterstützung zu sichern.

2. Ergebnisse der Fokusgruppengespräche mit den Landtagsabgeordneten und der Kommunalaufsicht des Landkreises und der Regierung von Unterfranken sowie des Austauschgesprächs mit dem Bayerischen Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration (StMI)

2.1 Landtagsabgeordnete und Kommunalaufsicht

Die Teilnehmenden beider Fokusgespräche sehen die Notwendigkeit einer „Reform“ und unterstützen das Ziel der Entwicklungsstrategie, die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken und eine effizientere, zentral gesteuerte Struktur zu schaffen, um Synergieeffekte zu nutzen und Bürokratie abzubauen.

Das Regionsmodell wird als vielversprechende Lösung betrachtet, bei der Aufgaben auf eine neue, demokratisch gesteuerte Struktur übertragen werden, ohne die Selbstverwaltung der Kommunen aufzugeben. Herausforderungen bestünden vor allem in der Komplexität und den organisatorischen sowie rechtlichen Hürden, insbesondere bei der Zusammenführung von Aufgaben und Finanzierungsstrukturen.

Es wird betont, dass für eine größere Reform möglicherweise verfassungsrechtliche Änderungen notwendig sind. Daher sollten zuvor alle Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit im gegebenen rechtlichen Rahmen ausgeschöpft werden.

2.2 Bayerischen Staatsministerium des Inneren, für Sport und Integration

Für die Vertreter des StMI auf „operativer Ebene“ waren der Ansatz und die Beweggründe ebenfalls nachvollziehbar und sogar für eine „bayernweite“ Diskussion geeignet. Für die weiteren Schritte zur Umsetzung und möglichen Weiterverfolgung des Zieles einer Region wurde vorgeschlagen, sich an vorhandenen gelungenen Beispielen zu orientieren und den gesetzlichen Rahmen zu nutzen, um die ersten Umsetzungen anzugehen. Die Erarbeitung eines Stufenplans, der aufeinander aufbauende Stufen bis hin zu einer möglichen „Regionsbildung“ als Ziel aufzeigt mit Evaluierungsstationen, wird positiv gesehen.

Die Grundlagen und bisherigen Ergebnisse der „Region Würzburg“ sollen in die Landesarbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ eingebracht, dem Beauftragten für Bürokratieabbau und letztlich auch dem Staatsminister vortragen werden.

3. Erkenntnisse aus den Strategiegesprächen mit den Fachexperten zur Konkretisierung der Interkommunalen Zusammenarbeit

Die Ergebnisse aus der Analysephase zwischen März 2024 und Dezember 2024 haben ergeben, dass das Potential zur Zusammenlegung von Bereichen (von Einzelaufgaben bis hin zu Ämtern) grundsätzlich gegeben ist. Folgende Bereiche wurden genannt, die für eine wesentlich vertiefte Zusammenarbeit bei Stadt, Landkreis und Landkreiskommunen spricht: Verwaltung und Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Umwelt- und Klimaschutz, Mobilitätsmanagement, Schule und Bildung, Kultur, Sport und Ehrenamt, Wirtschaft und Wettbewerb, Bau und Infrastruktur, Jugend, Familie und Soziales.

Im Zeitraum zwischen März 2025 und Mai 2025 wurden daher Strategiegespräche mit ausgewählten Fachbereichen im Bereich der Pflichtaufgaben geführt, um konkreter zu evaluieren, welche Gemeinsamkeiten und Herausforderungen bei der interkommunalen Zusammenarbeit aktuell bestehen. Mit folgenden Bereichen wurden Strategiegespräche geführt: Jugend und Familie, Soziale Angelegenheiten, Verbraucherschutz, Veterinärwesen, Arbeit, Ausländeramt und Personenstandswesen, Sicherheit und Ordnung sowie Umweltamt.

Fazit der Strategiegespräche:

Eine Zusammenarbeit wird in den meisten Fällen als sinnvoll und gewinnbringend erachtet, um Ressourcen zu bündeln und die Effizienz zu steigern, jedoch gibt es zahlreiche Herausforderungen, wie unterschiedliche gesetzliche Grundlagen, Prozessabläufe, Arbeitszeitmodelle, IT-Systeme, Datenschutzfragen und unterschiedliche Eingruppierungen des Personals.

Es wurden konkrete Bereiche identifiziert, in denen eine interkommunale Zusammenarbeit grundsätzlich möglich wäre (vergleiche hierzu Anlage 1).

Insgesamt wird der Mehrwert einer Bündelung der Aufgaben in den nächsten 5-8 Jahren als hoch eingeschätzt, da eine Spezialisierung und Effizienzsteigerung erwartet wird. Gleichzeitig müssen die Mitarbeitenden in den Prozess einbezogen werden, um Akzeptanz und Motivation zu fördern. Einsparpotenziale werden vor allem in den Organisationskosten gesehen, während Personalkosten wohl nicht signifikant gesenkt werden können.

Debatte:

Landrat Eberth führt in den Sachverhalt ein und teilt mit, dass Gespräche mit Herrn Oberbürgermeister Schuchardt und dessen Nachfolger, Herrn Heilig, ergeben haben, dass die Entwicklungsstrategie stadt.land.wü. – wie er und Herr Oberbürgermeister Schuchardt auf den Weg gebracht hatten – weiter vorangetrieben werden solle. Er bedankt sich bei den Beteiligten Herrn Braminski, Herrn Dröse, Herrn Neubert und Frau Groeger für die Weiterentwicklung und Ausarbeitung.

Herr Braminski, Persönlicher Mitarbeiter des Oberbürgermeisters, Stadt Würzburg, betont die Wichtigkeit, über den Entwicklungsstand auch in Zukunft im Interkommunalen Ausschuss zu berichten. Er erläutert anhand einer Präsentation die Ziele, die das höchste Nutzenversprechen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen haben und berichtet über fachliche und politische Gespräche die geführt wurden. Unter anderem sei näher beleuchtet worden, worin die fachlichen und rechtlichen Probleme lägen und was beachtet werden müsse. Die Regierung von Unterfranken (RUF) lobe dieses große Projekt, welches Signalwirkung habe. Er berichtet davon, dass dem Staatsministerium keine Insellösung für Würzburg vorschwebte, sondern darauf geachtet werden müsse, dass das Projekt auch in anderen Regionen funktioniere. Er teilt mit, dass ein Stufenplan erstellt werden solle.

Herr Dröse, Leiter Stabstelle Landrat, steigt in die Präsentation ein und teilt dem Gremium die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Strategiegesprächen mit. Außen vor gelassen sei bisher die Verwaltung sowie die freiwilligen Leistungen, die in einem zweiten Schritt eingearbeitet werden.

Landrat Eberth bedankt sich für die Vorbereitung und Darlegung der Ergebnisse. Er stellt fest, dass ab 9:37 Uhr die Beschlussfähigkeit hergestellt wurde.

Kreisrat Lehrrieder fragt nach, ob die Zusammenarbeit mit Stadt und Landkreis nach dem KommZG fixiert werde oder ein Regelwerk geplant sei, in welchem unter anderem auch Zuständigkeiten geregelt seien. Ihm ginge es darum, Abhilfe zu schaffen, damit entstandene Fehler nicht bei anderen gesucht werden.

Landrat Eberth sieht die Feststellung der klaren Zuständigkeit als elementar wichtig an. Unklar sei ob es nach dem KommZG oder in einer anderen Form geregelt werde.

Herr Dröse verweist auf Gespräche mit der Kommunalaufsicht und dem Staatsministerium des Innern, bei denen die Nutzung des KommZG als Möglichkeit aufgezeigt worden sei, doch stoße dieses Regelwerk an seine Grenzen. In Bayern gebe es viele Zweckverbände, die Aufgaben übernommen haben, die verfassungsrechtlich und durch demokratische Strukturen an Grenzen stoßen. Bei der geplanten Zusammenführung der Aufgaben wären Zweckverbände überfordert und es sollten nicht noch mehr Zweckverbände gegründet werden, weshalb im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine Verordnung erlassen werden müsse.

Herr Braminski ergänzt hierzu, dass man Zweckverbänden nicht endlos etwas aufladen könne, dies sei durch das Bundesverwaltungsgericht festgestellt worden. Es müsse die demokratische Legitimation gewahrt sein und man sehe dies als beste Lösung an, da dadurch viele Aufgaben in die neue Körperschaft übertragen werden könne.

Beschluss:

1. Der Interkommunale Ausschuss stadt.land.wü. nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Stufenplan mit konkreten Umsetzungsempfehlungen der interkommunalen Zusammenarbeit, unter Berücksichtigung der 52 Gemeinden, mit der möglichen Bildung einer „Region Würzburg“ als Ziel, auszuarbeiten.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: IKA slw/2025.06.23/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an SFB 8

Zur Kenntnis an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender

Interkommunaler Ausschuss stadt.land.wü.	Termin 23.06.2025	Vorlage: StabL/057/2025
		TOP 2
		öffentlich
Fachbereich: S - Stabsstelle Landrat		

Betreff:

Sachstandsbericht zu einem möglichen P+R-Parkplatz in Randersacker

Anlage/n:

- Auszug_P + R-Randersacker

Sachverhalt:

Der Markt Randersacker plant aktuell ein neues Gewerbegebiet unmittelbar angrenzend zur Anschlussstelle A3 Würzburg/Randersacker. Im Zuge dessen ist vorgesehen den bestehenden Pendlerparkplatz (Parken+Mitfahren) an der B13 in das neue Gewerbegebiet zu verlegen. In diesem Rahmen besteht auch die Überlegung einen P+R-Parkplatz einzuplanen.

Diese Überlegung geht auf den Park & Ride-Strategieworkshop mit den Umlandgemeinden im Landkreis Würzburg vom Sommer 2023 zurück (siehe anbei). Aus dem Korridor aus Richtung Randersacker pendeln täglich rund 5.700 Pendlerinnen und Pendler nach Würzburg. Weiterhin könnte der Standort auch von überregionalem Verkehr von der Autobahn genutzt werden. Auf diese Weise können ggf. zusätzliche Fahrgäste für den ÖPNV gewonnen werden. Somit ging der Standort mit gutem Potenzial hervor. Zudem bekam der Standort von den Teilnehmenden vergleichsweise viel Zustimmung.

Mit dem neuen Gewerbegebiet wird die Route der Buslinien zukünftig durch das Gewerbegebiet geführt und mit einer Haltestelle an den ÖPNV angebunden. Es besteht aktuell ein 30 Minuten-Takt in der Hauptverkehrszeit. Die vorhandenen Busse sind dabei insbesondere durch Schülerinnen und Schüler gut ausgelastet. Damit der P+R-Standort attraktiv wird, ist eine Taktverdichtung mittels eines zusätzlichen Busses in der Hauptverkehrszeit (06.30 Uhr bis 08.30 Uhr und 15.30 Uhr bis 17.30) mit Halt am Sanderring erforderlich. Mit dieser Taktverdichtung würden auch die Bürgerinnen und Bürger des Marktes Randersacker profitieren. Nach erster Kalkulation des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg werden dafür rund 91.500 € prognostiziert.

Unter bestimmten Voraussetzungen werden Park & Ride-Parkplätze mit bis zu 75% der zuwendungsfähigen Kosten im Rahmen des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (Art. 2 Nr. 3 BayGVFG) gefördert. Zuwendungsfähig sind Baukosten und Baunebenkosten. Ggf. auch Grunderwerbskosten sowie Planungskosten. Fördervoraussetzung ist u.a. die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinde. Es wird aktuell eruiert, ob diese Förderung in Anspruch genommen werden kann.

Für die weiteren Schritte, wie bspw. möglicher Kostenteilungen, steht die Stadtverwaltung mit dem Markt Randersacker und dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg in Kontakt.

Debatte:

Landrat Eberth führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein und gibt das Wort an **Herrn Bürgermeister Heilig** ab, der den Sachstandsbericht vorträgt.

Landrat Eberth fragt nach, ob es ein Zeitplanproblem gebe.

Bürgermeister Heilig verneint ein Zeitplanproblem.

Landrat Eberth fragt bezüglich eines Bebauungsplans und ob dieser schon auf dem Weg sei.

Herr Neubert, Leiter des Stabstellenfachbereiches Regionalmanagement, Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung, teilt mit, dass bisher kein Aufstellungsbeschluss bekannt sei. Ein offizielles Verfahren sei seines Wissens nach nicht anhängig.

Landrat Eberth geht deshalb noch von einer längeren Dauer aus.

Da keine Fragen mehr vorliegen, dient dies der Kenntnis.

Landrat Eberth teilt mit, dass ein angedachter weiterer Punkt - aufgrund einer Nachfrage von Kreisrat Hansen vor der Sitzung - in der nächsten Sitzung behandelt werde.

Herr Dröse klärt auf, dass es sich dabei um einen Sachstandsbericht zur Sanierung Leistenstraße handle, welcher Kreisrat Hansen angefragt habe. Herr Dröse teilt mit, dass er von der Stadt Würzburg die Information erhalten habe, dass derzeit noch keine gesamten Fakten vorzutragen seien und dies für die nächste Sitzung vorbereitet werde. Herr Hansen sei vorab informiert worden.

Landrat Eberth schließt die Sitzung um 10:02 Uhr.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Zur weiteren Veranlassung an S

Scholl
Protokollführerin

Eberth
Vorsitzender